

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig, des Polizeipräsidiums Leipzig und des Stadtrats zu Groitzsch.

Bezugspreis mit illustrierter Beilage Völk und Zeit für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2,- Mark, für Selbstabholer 1,90 Mark. — Durch die Post bezogen 2,- Mark ohne Bestellgeld. — Die Einzelnummer kostet 20 Pf. Telefon Sammelnummer 72206 — Postscheckkonto Leipzig Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telefon 72206 — Verlag in Leipzig,  
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 72206

Abonnementpreise: Die 10seitige Kolonialzeitung 25 Pf., bei Wahlvorbericht 40 Pf.  
Stellenangebote 10 Pf., Kolonialzeitung 25 Pf., Familienanzeichen von Freiboten  
die 10 Pf., Kolonialzeitung mit 50% Nachlaß, Nekameesse 2 M., Interate v. ausw.  
die 10 Pf., Kolonialzeitung 40 Pf., bei Wahlvorbericht 50 Pf., Nekameesse 2,25 M.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags — Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Ausgeber, untere Zweigställe und alle Postanstalten entgegen

## Ellenbogensfreiheit für Chamberlain.

Die endgültige Entscheidung des britischen Kabinetts.

### Bölkowbundesdebatte im Unterhaus.

Nach langem Erwarten, das durch die Bindungen, die Chamberlain in Paris eingegangen war, erfordert wurde, hat sich nunmehr das britische Kabinett zu einer endgültigen Entscheidung durchgerungen. Danach ist anzunehmen, daß die Verhandlungen in Genf einen reibungslosen Verlauf nehmen werden, als das bisher zu erwarten war. Zweifellos hat es eines starken Drucks bedurfte, um Chamberlain von seinem bisher eingenommenen Standpunkt abzuwenden. Wäre der britische Außenminister mit Briand für die sofortige Übertragung eines ständigen Ratschües an Polen eingetreten, dann war das gesamte Werk von Locarno in Frage gestellt.

Nach den Ausführungen Chamberlains wird die Anerkennung des Rates vertragt. Man wird sich möglicherweise im September mit der Neubildung ständiger Ratschüe beschäftigen und Dr. Luther hat sich in seiner Hamburger Rede diesen Plänen nicht absolut ablehnend gegenübergestellt. In seiner Replik erklärte Baldwin, daß sich die englische Regierung für die Ansprüche Spaniens auf einen permanenten Sitzen einsetzen werde. Merkwürdigerweise aber ist in den Reden der Minister, wenigstens nach dem vorliegenden Wortlaut, das politische Problem unerwähnt geblieben. Daran wäre zu schließen, daß noch bei weitem nicht alle Differenzen im englischen Kabinett behoben sind, und daß der Kampf um die Ansprüche Polens weitergehen wird, sobald die Formalitäten über die Aufnahme Deutschlands erledigt sind.

Über die Debatten im britischen Unterhaus berichtet die Tel. Union wie folgt:

Die gestrige Rede Chamberlains im Unterhaus zerfiel in zwei Teile, einen persönlichen und einen offiziellen, indem er im Namen der englischen Regierung sprach. Er sagte, die bevorstehende Versammlung des Bölkowbundes in Genf habe viel Interesse und Sorge erregt, so daß die englische Regierung es für richtig befunden habe, eine Erklärung ihrerseits abzugeben, ehe ihre Vertreter am Tag der Bölkowbundstagung abreisen und gleichzeitig dem Unterhaus eine Gelegenheit zur Erörterung dieser Erklärung zu geben. Er fügt fort: „Ich kann nur für mich persönlich erklären, ich bin mir der Schwierigkeit der Aufgabe bewußt und hoffe, daß es mir gelingen möge, das Unterhaus zu befriedigen, ohne die Schwierigkeiten zu vernichten.“ — Er hat das Haus, bei seinen Ausführungen die Empfindlichkeit anderer Länder zu berücksichtigen. In sehr ernstem Ton fuhr Chamberlain fort: „Ich muß gestehen, daß ich nicht ohne große Sorge die internationale Konfrontation vorbereitet habe, die sich bei dieser Gelegenheit entspannen hat. Ich bin der Meinung, daß die Argumente für oder gegen eine bestimmte Position sehr oft völlig falsch angewendet werden, und daß diese Argumente sehr häufig den Geist und das Wesen des Bölkowbundes ins Herz treffen. Die Stärkung der einen oder anderen Partei im Bölkowbund erscheint mir als eine mißverständliche Auffassung von der Verfassung des Bölkowbundes und seines Geistes, als eine Gefahr für seine dauernde Existenz. Wenn der Bölkowbund an Einfluß und Macht zunehmen soll, und ich glaube, daß der Bölkowbund gerade in der letzten Zeit in dieser Hinsicht Fortschritte gemacht hat, dann dürfen die Mitglieder nicht ihre eigene nationale Sprache sprechen, sondern die Sprache Europas, ja der ganzen Welt. Es scheint mir, daß man gerade diesem Gesichtspunkt zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt hat, ich hoffe aber auf bessere Zeiten angelichts der Mäßigung der Erklärungen, die von den beteiligten Nationen abgelegt wurden.

Wenn man die Reden Luthers oder Briands, oder der Außenminister Belgien oder Polens liest, so findet man allerfalls dieselbe Berücksichtigung der Schwierigkeiten der Lage, Beweise der gleichen Wichtigkeit, des gleichen Wunsches, zu einem Vereinkommen, das alle annehmen könnten, zu kommen. Ich selber und die Regierung sind uns einig in dem Bedauern, daß eine so große Frage wie die der Zusammensetzung des Bölkowbundes in diesem Augenblick auf die Tagesordnung gekommen ist. Die Regierung hat diese Erörterung nicht angeregt, und wird niemals dazu ermutigen, diese ganze Frage aufzurütteln. Es ist allerdings natürlich, daß die Nationen, die sich Hoffnungen auf eine Vertretung im Bölkowbund gemacht haben, in dem Augenblick ihre Ansprüche erneuern, wo der Eintritt eines neuen Landes in den Rat vorgeschlagen wird. Die Regierung ist nicht ein für alle Mal gegen jeden Wechsel im Rat oder gegen eine Vermehrung des Rates. Aber es ist eine gewisse Überraschung aufgetreten, insbesondere die Erörterung dieser Frage nunmehr das Ergebnis von Locarno geführt zu sein. Außerdem besteht ein Gefühl, eine Empfindung, daß etwas in der Luft liegt, was nicht als fair play bezeichnet werden kann, ein etwas, das eines der beteiligten Mächte mit Recht als Grund zur Beschwerde ansehen kann, und das nicht vereinbar ist mit dem Geiste, in dem England in der hohen Politik zu spielen gewohnt ist. Es muß das leitende Prinzip der Regierungswerte sein, bei den Erörterungen in Genf nicht irgend etwas zu fördern, das den Erfolg von Locarno schädigen kann, und was es Deutschland im letzten Augenblick unmöglich machen würde, in den Bölkowbund einzutreten. Es war eine wesentliche Voraussetzung für Englands Zustimmung zum Vertrag von Locarno, daß Deutschland in den Bölkowbund eintrete. Die englische Regierung betrachtet es als sehr bedeutungslos, daß nichts getan wird, um Deutschland an der Ausführung dieser Absicht zu hindern. Was ist denn der Sinn einer Mehrheit im Rat? Wenn man einmal der Meinung ist, daß der Bölkowbund durch Mehrheit entschieden soll, dann muß es in der Tat das Ziel jeder beteiligten

Nation werden, die Mehrheit für sich zu sichern. Es ist daher meiner Meinung nach sehr wesentlich, daß die Eininstimmigkeit erhalten bleibt, und sei es auch zu seinem anderen Zweck, als solche Intrigen zu verhindern. Unter gar keinen Umständen wird England den Verzug dulden, verschiedene Lager, sich gegenseitig bekämpfende Kräfte, im Bölkowbund zu bilden. Ich bezweifle, daß es irgend jemanden gibt, der bereit wäre, zu sagen, daß der Rat in der ursprünglichen Form so bleiben müsse, und daß es keinerlei Veränderungen gäbe.

England habe nicht den Standpunkt vertreten, daß es keinerlei Vermeidung der ständigen Sitz außer der Wahl Deutschlands, der Vereinigten Staaten oder Russlands geben sollte. Der leitende Grundsatz für die englischen Delegierten in Genf bestünde darin, daß nichts getan werden dürfe, wodurch das Ergebnis von Locarno gefährdet werden könnte, oder irgendeine Macht ein Recht hätte, zu sagen, daß man sie ungünstig und ungerecht behandelt hätte.

Erster müssen zuwählen zum Rat mit großer Unverschämtheit verzögert werden. Wenn der Rat einstimmig für die Unterstützung eines besonderen Anspruchs ist, dann darf die englische Regierung nicht von vornherein erklären, daß ein solcher Anspruch unter gar keinen Umständen zur Erörterung zugelassen werden darf. Und wenn sich nach gemeinsamer Beratung aller Ratsmitglieder ein Vereinbarungskonsens im Sinne einer bestimmten Zustimmung ergibt, dann wird man sicherlich diese Zuweisung nicht mit der Begründung abweichen, daß die Erörterung dieser Frage im September stattfinden soll. Ich würde für mich eine gewisse Ellenbogensfreiheit und bitte das Haus dringend, um zu einer Entscheidung zu kommen, daß englischen Delegierten Freiheit für die Erörterungen im Interesse der gemeinsamen Sache zu lassen.“

Macdonald, der nach Chamberlain sprach, betonte, daß man diese Rede nicht billigen könne; sie berücksichtige, wie er in längeren Ausführungen darlegte, nicht genügend die Leistung Deutschlands und der deutschen Delegierten.

Nach Macdonald sprach Lloyd George, der sich ebenfalls scharf ablehnte gegen die Rede Chamberlains äußerte.

Hieraus deutete Premierminister Baldwin, daß die englische Regierung nicht der Einsichtsräte über die Tagesordnung von Genf sei. Man wünsche einen freien und bedingungsfreien Eintritt Deutschlands in den Bölkowbundstaat. Was Spanien angehe, so müsse er das Haus auf die Notwendigkeit der Kontinuität der Außenpolitik hinweisen. Ein Wechsel in der Regierung bedeute nicht notwendigerweise einen Wechsel in der Außenpolitik, und die gegenwärtige englische Regierung hätte die Unterstützung der spanischen Aufrüste auf einen permanenten Sitz, die schon unter der Regierung Lloyd Georges gegeben worden sei, erneuert. Über diese Unterstützung würde durch keinerlei Bedingungen über den Zeitpunkt geklappt. England hätte seine Verpflichtungen gegenüber irgendeinem anderen Lande. Der Streit um die Ratschüe habe die Wirkung gehabt, daß ein Teil der Nationen auf die Seite Frankreichs und ein anderer Teil auf die Seite Deutschlands gezogen habe. Das wäre der Anfang zur Bildung zweier Machtgruppen. Dadurch werde die Aufgabe Chamberlains bei den Generalversammlungen sehr schwierig.

Als im weiteren Verlauf der Debatte Lloyd Georges lagte, daß Chamberlain angesichts seiner Reden und ihrer Aufnahme durch die Pariser Presse keine freie Hand habe, unterbrach ihn Chamberlain und erklärte, als er auf seiner Durchreise in Paris die Ansichten der französischen Regierung zu erfahren suchte, seien seine ersten Worte zu Briand gewesen, daß er über die Haltung der britischen Regierung kein Versprechen geben könne, bevor er mit seiner Regierung die Frage erörtert hätte.

Darauf forderte die Opposition die Abstimmung über den formalen Vertragungsantrag, auf dessen Grundlage die Erörterung stattgefunden hatte. Der Vertragungsantrag war von der Regierung nur formell gestellt worden, um Gelegenheit für die Debatte zu geben. Als es zur Abstimmung kam, widerstande sich daher die Regierung ihrem eigenen Vertragungsantrag, und die Abstimmung wurde mit 224 gegen 124 Stimmen abgelehnt.

### Ein Interview Macdonalds.

SPD. London, 4. März.

Der Führer der englischen Arbeiterpartei Hendrie Ramsay Macdonald machte gegenüber dem Vertreter des „Sozialen Presse Dienstes“ in London folgende Feststellungen zu dem strittigen Bölkowbundproblem:

„Ich bin, und mit mir die gesamte Arbeiterpartei, gegen eine Änderung in der Zusammensetzung des Bölkowbundsrates in diesem Monat, die über die Aufnahme Deutschlands hinausgehen würde. Das aus mehreren Gründen: Erstens, weil jede derartige Änderung natürlich den Eindruck erwecken müßte, als wäre sie von der Furcht vor dem neuen Mitglied dictiert oder sei der Teil eines Ränkespiels gegen dieses Mitglied. Der zweite Grund liegt darin, daß eine Erweiterung der ständigen Ratschüe unklug wäre. Das Problem des Bölkowbundsrates bedarf gewiß angesichts der in den vergangenen Jahren gemachten Erfahrungen äußerst sorgfältige Überlegung. Diesen Fragenkomplex jedoch mit einem Vorschlag auf Erhöhung der Anzahl der ständigen Sitzes zu beantworten, bedeutet keinerlei Lösung, da die gesamten Fragen der nichtständigen Ratschüe, die Frage, welche Nationen für diese in Betracht kommen, die Wahlnormen usw., weiter unbeantwortet bleiben würden. Ich bin deshalb der Meinung, daß der Rat die Entscheidung darüber zu züllen und inzwischen ein Augustus ernannt werden sollte, dessen Aufgabe das Studium dieser Fragen und die baldige Berichterstattung über das Ergebnis seiner Untersuchungen an den Bölkowbundrat sein würde.“

### Sachsen, das Problerländchen der Reaktion.

Von Hermann Liebmann.

Vor dem Kriege, im alten monarchistischen Klassenstaat, war Sachsen in mancher Beziehung das Problerländchen der Reaktion. Erinnert sei nur an die verschiedenen Wahlrechtsysteme, die entweder im sächsischen Staat, oder in sächsischen Gemeinden von den herrschenden Klassen eingeführt wurden, um die Arbeiterschaft politisch zu entrichten. Der höhere Zweck dieser Uebungen war, die Geschichte des Staates und der Gemeinden so zu lenken, daß sowohl die ideellen, im besonderen aber die materiellen Interessen der Besitzenden in den Staats- und Gemeindepolitik vorangestellt wurden — und der Löwenanteil der öffentlichen Lagen und Steuern der breiten Masse der ärmeren Bevölkerung auferlegt werden konnte. Die Staatsumwälzung von 1918 räumte auch in Sachsen mit einem Schlag ein tüchtiges Stück mit der Herrschaft des Bürgertums auf. Es gelang dem sächsischen Proletariat, in jahrelanger Arbeit eine Menge des vorrevolutionären Schuts zu besetzen, soweit dies eben im Rahmen der nach bürgerlichen Interessen orientierten Reichspolitik möglich war. Dann setzte auch in Sachsen die Reaktion ein, die Ende des Jahres 1923 unter Hochverrat und Verfassungsbruch mit Hilfe des Ausnahmegesetzes und der Reichswehr dem sächsischen Bürgertum den Staatsapparat erneut restlos in die Hände spielte. Die Reaktion triumphierte! Am 4. Januar 1924 wurde die sächsische Koalition gebildet! Sachsen wurde wieder, was es vor dem Kriege war: das Problerländchen der Reaktion!

Zunächst kam es den Siegern vom 4. Januar 1924 darauf an, den Staatsapparat, die Polizei, die Justiz, die Schule, vor allem aber die innere Verwaltung, wieder wie früher so zu gestalten, daß die Reaktion sich darauf verlassen konnte. Aber damit nicht genug! Die Ausübung der politischen Herrschaft hat ja für das Bürgertum nur den Sinn, seine materiellen Interessen rücksichtslos wahrzunehmen. Für diese Aufgabe hatte die sächsische Koalitionsregierung in dem sozialen demokratischen Finanzminister Dr. Peter Reinhold den Mann, der mit jähre Energie und ehrlicher Rücksichtslosigkeit durchsetzte, was im Interesse der Besitzenden lag. Da Dr. Reinhold sich persönlich als liebenswürdiger, angenehmer Mensch gab, der oft von wohlwollenden Reden geradezu überflöß, machte ihn für die Besitzenden nur brauchbar, für die Arbeiter aber um so gefährlicher. Das Lob auf Dr. Reinholds soziale Gesinnung wurde sogar von dem sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Böhme auf dem Heidelberger Parteitag so stark ausgetragen, daß es selbst Reinhold zuviel wurde, so daß er in einer öffentlichen Erklärung diese Lobhudelei abschüttete.

Reinhards vornehmste Sorge galt der Befreiung oder doch mindestens der Erleichterung der Besitzenden von den Staatslasten. Als sächsischer Finanzminister führte Dr. Reinhold die Steuerreform für Sachsen durch, die er jetzt als Reichsfinanzminister unter dem hellen Jubel der Besitzenden für das Reich bereitete. Sachsen war wieder einmal Problerländchen der Reaktion — dank der sächsischen Koalition!

Nachdem mit Hilfe des Ruhraenteuers im Reiche Ende 1923 die hemmungslose Diktatur der Großindustriellen Tatsache geworden war, kam die große finanzielle Sanierung durch den Abbau an Löhnen, Gehältern, sozialen Einrichtungen usw. — alles auf Kosten der Minderbemittelten. So wurden die Ausgaben des Reiches verminder. Gleichzeitig wurde Geld in die öffentlichen Kassen geschafft. Der Löwenanteil dieser Sanierung der Staatsfassen wurde den Arbeitern durch die Mietzinssteuer und durch unverschämte Verbrauchssteuern auferlegt.

Als Gegenleistung für die Besitzenden wurden all den Steuerpflichtigen, die nicht durch die Abzüge der Steuern vom Lohn erfaßt waren, die Einkommensteuer für 1923 geschenkt. Die Lohn- und Gehaltsemphyänger waren die Dummen, sie hatten für 1923 ihre Steuern bis auf den letzten Pfennig zahlen müssen. Die Besitzenden distanzierten: Es ist Recht und Geleg, daß wir für 1923 keine (oder nur lächerlich geringe) Einkommensteuern zahlen.

1924 dasselbe Bild: Fast alle Steuern, die von der breiten Masse der ärmeren Bevölkerung getragen wurden, brachten im Jahre 1924 gegenüber dem Voranschlag des Reichstags riesenhafte Überschüsse, während die Eingänge aus Besitzsteuern gegenüber dem Voranschlag des Etats stark zurückblieben.

Was nachher folgte, ist noch in aller Erinnerung. Der Steuerland stand seine Krönung: Das Reich baute Steuern ab. Aber es wurden nicht die Steuern derer vermindert, die viel mehr gezahlt hatten als vorgesehen war, sondern der Steuerabbau kam den Besitzenden zugute, die viel weniger Steuern gezahlt hatten, als sie nach dem Etat hätten zahlen müssen.

Hier setzte nun Dr. Peter Reinholds Tätigkeit als sächsischer Finanzminister der Koalition ein. Schon in den ersten Wochen seiner Amtstätigkeit, im Januar 1924, begann er im Sinne des Bürgertums die sächsischen Steuergesetze zu reformieren. Bei der Umstellung der Grundsteuer auf Goldmark übte Reinhold eine vernichtende Kritik an der Steuergesetzgebung seines Vorgängers und derzeitigen Regierungschefs, des Finanzministers Heldt. Das Bürgertum horchte auf. Reinholds Kritik an Heldt war ein vielversprechender Anfang.